

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

5.6.1929 (No. 127)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Ämtlicher Teil

Billigkeitsmaßnahmen auf dem Gebiete der Vermögenssteuer

Der Reichsfinanzminister hat in Ausführung der Entschließung des Steuerausschusses des Reichstags vom 22. März zur Milderung der Härten, die sich in einzelnen Fällen bei der Einheitsbewertung 1928 aus der Heraushebung der Werte gegenüber 1925 ergeben haben, folgenden angeordnet:

- 1. Für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und den Weinbau soll in den Fällen, in denen ein Rückgang des Einkommens oder eine Zunahme der Verschuldung in bestimmtem Umfang eingetreten ist, ein Teil des Mehrs an Vermögenssteuer gegenüber 1925 erlassen werden.
2. Bei dem zwangsbewirtschafteten Grundbesitz sind, soweit sich jetzt höhere Vermögenssteuerbeträge gegenüber 1925 ergeben, für folgende drei Gruppen Ermäßigungen vorgesehen:
a) wenn das Grundstück in den Jahren 1927 oder 1928 zu einem hinter dem Einheitswert 1928 um einen bestimmten Betrag zurückbleibenden Preise veräußert worden ist;
b) bei denjenigen Eigentümern zwangsbewirtschafteter Grundstücke, die ausschließlich auf die Erträge des Grundstücks angewiesen sind und den Mehrbetrag der Vermögenssteuer ohne ernsthafte Gefährdung ihres Lebensunterhalts schlechthin nicht entrichten können;
c) für solche Eigentümer kleinerer, ausschließlich von ihnen bewohnter zwangsbewirtschafteter Villen, die im Hinblick auf ihr geringes Vermögen und Einkommen die Villa sonst nicht halten können.

In allen Fällen wird, gleichviel ob bereits Rechtskraft vorliegt oder nicht, die Ermäßigung der Vermögenssteuer nur auf Antrag gewährt, der bis zum 30. Juni beim Finanzamt einzureichen ist. Die an sich zu entrichtenden Verzugszinsen für die am 15. Februar und 15. Mai 1929 fällig gewordenen und nicht entrichteten Vermögenssteuerbeträge sollen dann nicht erhoben werden, wenn die Zahlung bis spätestens 15. Juni 1929 geleistet wird. Kosten für solche Rechtsmittel, die im Hinblick auf die Verhandlungen im Reichstag aus Vorsicht eingelegt sind, sollen nicht erhoben werden, wenn die Rechtsmittel bis zum 30. Juni 1929 zurückgenommen werden.

Der bevorstehende englische Regierungswechsel

Macdonald beim König

WLB. London, 5. Juni (Tel.). Macdonald hat sich zu einer Audienz beim König nach Windsor begeben.

WLB. Paris, 5. Juni (Tel.). Macdonald hat einer Mitarbeiterin des 'Petit Parisien' ein Interview gewährt, das Ausblick auf die künftige englische Politik unter der Regierung der Arbeiterpartei gibt.

Macdonald betonte, daß die Arbeiterpartei eine praktische Abrüstungs- und Friedenspolitik nachdrücklich verfolgen werde. Hinsichtlich des Zusammenarbeitens der Nationen erklärte Macdonald: Es handelt sich nicht um Entente oder um Bündnisse. Das sind Manifestationen einer veralteten Mentalität. Die Arbeiterpartei will eine ganz neue Art europäischer Zusammenarbeit einleiten. Es soll keine Rivalitäten, keine Geheimdiplomatie mehr geben, keine Verträge zugunsten eines Landes gegen ein Land. Das alles muß verschwinden. Auf die Frage: 'Glauben Sie, daß die Vereinbarung, die in Paris bevorsteht, die Frage der Reparationen und der alliierten Schulden endgültig regeln wird?' antwortete Macdonald, man dürfe nicht zwei verschiedene Probleme verwechseln. Die Reparationen und die Schulden seien nicht dasselbe. Bei der Prüfung der letzten Frage würden die Vereinigten Staaten viel zu sagen haben. Die Diskussion müsse auf neuen Grundlagen wieder aufgenommen werden. In der Frage der Schulden wie in der Frage der Abrüstung beabsichtige die Arbeiterpartei sich unerbittlich mit Hoover in Verbindung zu setzen und in enger Fühlungnahme mit diesem zusammenzuarbeiten.

Die Landwirtschaftsschau in München

Eine Rede des Reichsernährungsministers

Die 35. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde am Dienstag in München auf dem weiten Gelände der Theresienwiesen feierlich eröffnet. Reichsernährungsminister Dietrich überbrachte die Wünsche der Reichsregierung. Nur sorgenvoll könne man in die Zukunft blicken, zumal gerade gegenwärtig der Weltgetreidemarkt eine katastrophale Entwicklung genommen habe, deren Folgen

Letzte Nachrichten

Die Einigung der Sachverständigen Die Frage der Marknoten geregelt

WLB. Paris, 5. Juni. (Tel.) Die Frage der belgischen Markbanknoten ist gestern geregelt worden, und zwar auf der Grundlage der Vorschläge, die Reichsbankpräsident Dr. Schaaf am 3. Juni in dem bereits veröffentlichten Brief an den Vorsitzenden, Owen Young, gemacht hat.

Die deutsche Delegation hat gestern im Namen der Reichsregierung die Erklärung abgegeben, daß der Bevollmächtigte für diese Angelegenheit, Ministerialdirektor Dr. Ritter, bereit sei, Verhandlungen mit den beglaubigten Vertretern der belgischen Regierung aufzunehmen, und daß diese Verhandlungen entweder in Paris oder Brüssel stattfinden sollen. Ferner ist bestimmt worden, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen vor der Intraffizierung des Youngplanes zum Abschluß gebracht werden sollen, und daß die Regelung auch dahin gehen könne, die Entschädigungszahlungen in Annuitäten in Anlehnung an das Zahlungsschema des Youngplanes festzusetzen. Durch diese gestern nachmittag erfolgte Einigung ist das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt, so daß der Unterzeichnung des Protokolls der Sachverständigen nunmehr nichts mehr im Wege steht.

Glückwünsche Hoovers und Stimsons an Owen Young WLB. Washington, 5. Juni. (Tel.) Präsident Hoover und Staatssekretär Stimson haben an Owen D. Young und seine amerikanischen Kollegen bei den Sachverständigenberatungen in Paris Telegramme gerichtet, in denen sie die herzlichsten Glückwünsche zur Erzielung einer Lösung des Reparationsproblems ausdrücken, die zur Stabilisierung der Weltwirtschaft und zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern in gewaltigem Maße beitragen werde.

Ende Juli Reparationskonferenz in London? WLB. Paris, 5. Juni. Das 'Echo de Paris' nimmt an, daß nunmehr — nach der Pariser Vereinbarung — eine Reparationskonferenz in der Art, wie sie im August 1924 aus Anlaß des Intraffizierens des Dawesplanes stattgefunden hat, zusammengetreten wird, und meint, daß das gegen Ende Juli in London geschehen wird.

Bankett zu Ehren der deutschen Sachverständigen WLB. Paris, 5. Juni. (Tel.) Die Vereinigung der Korrespondenten deutscher Zeitungen in Paris veranstaltete gestern abend, also zu einer Zeit, da die Beendigung der Arbeiten der Reparationskonferenz unmittelbar bevorsteht, zu Ehren der deutschen Delegierten ein Essen, an dem u. a. der deutsche Vorkämpfer von Völk teilnahm. Reichsbankpräsident Dr. Schaaf hob in einer Rede hervor, daß die Vertreter der deutschen Presse in Paris, trotzdem sie vielleicht nicht alles gebilligt haben, was seitens der Delegierten geschehen sei, der Lösung eines Problems in höherem Interesse der allgemeinen Verständigung und des Friedens ihre wirkungsvolle Unterstützung geleistet hätten.

Weitere Demonstrationen in Lemberg WLB. Warschau, 5. Juni (Tel.) Die Studenten in Lemberg haben als Protest gegen die Studentenverhaftungen, die wegen der jüdenfeindlichen Ausschreitungen am Sonntag vorgenommen worden sind, für heute den Vorlesungstreit proklamiert. Gestern demonstrierten 200 Studenten vor dem Polizeipräsidium. Die Studenten fahnen eine Entschädigung, den jüdischen Studenten den Zutritt zum Hochschulgebäude zu verweigern.

Die deutsche Delegation für die Ratstagung ist in Madrid eingetroffen. Die Verlängerung des Republikstuhlgesezes. Die Regierungsvorlage über die Verlängerung des Republikstuhlgesezes um drei Jahre wurde am Dienstag von dem zuständigen Ausschuß des Reichsrates angenommen. Sie kommt am Donnerstag im Plenum des Reichstags zur endgültigen Verhandlung.

Anträge auf verstärkten Vorkämpfer. Die Deutschnationale Volkspartei, die Christlich-Nationale Bauernpartei und die Deutsche Bauernpartei haben im Einbernehmen mit den Führern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, Brandes, Schiele, Hermes und Feht, im Reichstag zwei Anträge auf verstärkten Vorkämpfer für Kartoffeln und Futter eingebracht. Der Stahlhelmaufmarsch in München. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat wegen des Stahlhelmaufmarsches in München eine Interpellation eingebracht. Die Reichsregierung wird befragt, ob sie bereit sei, sich wegen dieser Förderung der offensichtlichen Organisation im Reichstag sofort zu äußern.

nicht nur für Deutschland, sondern für zahlreiche getreidebauende Staaten unübersehbar seien. Wir seien verpflichtet in ein Netz von Verträgen, die nicht nur sofortige sozialpolitische Maßnahmen weitgehend hindern, sondern auch solche organisatorischer Art zu hemmen und zu erschweren geeignet seien. Innerhalb der Reichsregierung werde zur Zeit um alle diese Fragen gerungen. Die Sachverständigen in Paris schienen erkannt zu haben, daß Deutschland die Kosten, die es nach ihrer Meinung tragen könne, nur dann zu schleppen imstande sei, wenn es gelang, einen Teil des jetzt aus dem Ausland bezogenen landwirtschaftlichen Bedarfs aus dem Inlande zu decken. Das aber bedeute, daß der Landwirtschaft in irgendeiner Form Hilfe zuteil werden müsse, ohne die sie trotz äußerster Anspannung der eigenen Kräfte ihre Produktion auf den erstrebten Umfang nicht zu heben vermöge.

\*Ende gut alles gut?

Der Politiker muß sich daran gewöhnen, daß seine Pläne und seine Arbeiten nach ihren Erfolgen beurteilt werden. Der Erfolg ist es, der den Wertstempel unter die Politik des Staatsmanns drückt: Hat die Politik zum Ziele geführt, so war sie gut, hat sie nicht zum Ziele geführt, so war sie schlecht.

Übertragen wir diese nüchterne Erkenntnis auf die Außenpolitik des Deutschen Reiches in den Jahren seit Locarno, so müssen wir jetzt, nach dem Gelingen der Sachverständigenkonferenz in Paris, sagen, daß diese Politik gut und richtig war. Und die Deutschnationalen machen sich nur lächerlich, wenn sie im Reichstag ein Protesttheater in Szene setzen. Denn sie selbst haben, als sie noch in der Regierung des Reiches saßen, diese Locarnopolitik mitgemacht zu einer Zeit, als kein Mensch auf eine wesentliche Abänderung des Dawesplanes zu unseren Gunsten zu hoffen wagte.

Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß die Locarnopolitik nicht nur allein zum Vergnügen unserer früheren Gegner betrieben wird, sondern daß auch Deutschland greifbare Vorteile davon haben muß. Revision des Dawesplanes und Rheinlandräumung waren für uns die zwei Forderungen, deren Erfüllung sich aus dem Wortlaut und dem Geist des Locarno-Vertrages ganz von selbst zu ergeben hatte.

Die eine Forderung ist jetzt erfüllt. Die Sachverständigen werden in den nächsten Tagen den Schlußbericht der Konferenz unterzeichnen. Auch das belgische Störungsintermezzo hat seinen Abschluß gefunden: die Frage der belgischen Markguthaben wird ganz außerhalb der Sachverständigenkonferenz in direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien erledigt werden. In welcher Weise das zu geschehen hat, darüber ist Zuverlässiges noch nicht veröffentlicht worden. Wahrscheinlich wird man sich, wie meistens in solchen Fällen, auf ein Kompromiß einigen. Jedenfalls würde dieses Teilproblem, dessen finanzielle Bedeutung ja im Vergleich zum großen Ganzen nicht überschätzt werden darf, eine Versteifung der deutschen Haltung nicht gerechtfertigt haben. Die Hauptsache ist und bleibt immer das Endziel. Und das ist nunmehr erreicht.

Natürlich wird der formelle Schlupfunkt unter das Einigungswerk erst dann gesetzt werden können, wenn die Regierungen und Parlamente der beteiligten Länder zugestimmt haben. Man kann sich nicht gut vorstellen, daß auf dem Wege dazu noch neue Schwierigkeiten erster Natur auftauchen könnten. Die Politik hat ja gerade genug in die Beratungen der Sachverständigen hineingespielt. Und zumal die Delegierten Frankreichs und Belgiens haben sicherlich keinen Schritt getan, ohne sich vorher mit ihrer Regierung verständigt zu haben.

Schließlich darf man auch nicht außer acht lassen, daß nach dem neuen Reparationsplan trotz aller ziffermäßigen Reduzierung und trotz mancher Erleichterungen für Deutschland die Summen, welche die Gläubigerstaaten von uns zu erhalten haben, noch immer riesenhaft groß sind, und daß die Gläubigerstaaten dank dieser Zahlungen instand gesetzt werden, ihre eigenen Schulden an Amerika abzutragen. Das bedeutet eine ungeheure Entlastung und gestattet den Gläubigerstaaten eine Finanzwirtschaft aus dem Vollen, eine Finanzwirtschaft auf völlig sicherer Grundlage.

Wir möchten wünschen, daß man das Gleiche auch von uns sagen könnte. Leider ist das nicht der Fall. Wir werden auf Jahrzehnte hinaus für die Gläubigerstaaten zu fronden haben. Die Möglichkeit von Ersparnissen oder die Möglichkeit einer wirklich großartigen wirtschaftlichen Entfaltung ist uns damit abgeschnitten. Wir müssen froh sein, wenn wir die Reparationen überhaupt aufbringen können und dabei selber ein leidliches Auskommen finden. Es gibt viele Wirtschaftspolitiker in Deutschland, die das bezweifeln.

Wir haben diese unsere heutigen Ausführungen mit der Überschrift 'Ende gut, alles gut?' versehen. Das Fragezeichen hinter der Überschrift würden wir mit dem Moment hinwegstreichen können, in dem die Besatzungsmächte erklären, daß nunmehr auch die völlige Räumung des Rheinlandes erfolgen wird. Das wäre die Krönung der Verständigungspolitik, wie sie die letzten Jahre beherrscht hat.

Mit der Beilage: 26. Ämtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Im allgemeinen wird ja die Rheinlanddräumung als eine Selbstverständlichkeit empfunden. Es drückt sich das u. a. in der Tatsache aus, daß wir von dem Augenblick, in welchem die neue Regelung in Kraft tritt, keine Befähigungskosten mehr zu zahlen haben. Daß man auch in Frankreich mit der Rheinlanddräumung rechnet, beweist am besten eine Äußerung des Außenpolitikers des „Matin“, daß jetzt nach der Lösung des Reparationsproblems Verhandlungen über die Rheinlanddräumung eingeleitet werden könnten und eingeleitet werden müßten, und zwar auf einer Basis gegenseitigen guten Glaubens. Und inzwischen hat Macdonald erklärt, daß, wenn die Arbeiterpartei die Regierung in England übernehme, die britischen Besatzungstruppen im Herbst unter allen Umständen zurückgezogen werden würden.

### Verein deutscher Zeitungsverleger Die Hauptversammlung in Heidelberg

Zu Beginn der Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Heidelberg widmete der Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar den verdienten langjährigen Mitgliedern des Vorstandes, Dr. h. c. Lambert Lenking (Dortmund) und Dr.-Ing. e. h. Gustav Fuchs (Danzig) tiefempfundene Dankesworte. Er stattete dann den Heidelberger Kollegen und dem Verein süddeutscher Zeitungsverleger für die überaus gastliche Aufnahme in Heidelberg herzlichsten Dank ab. Dann erläuterte er die vielfachen Maßnahmen, die der Verein im letzten Jahre zur Abwendung von Schwierigkeiten, die zur Zeit für die Presse vorhanden sind, in die Wege geleitet hat. Mit besonderer Betonung hob er die Vorkaufstellung der Zeitungsanzeigen hervor und behandelte das Verbotswesen sowie die Bestrebungen des Vereins, das Anzeigengeschäft zu reformieren und auf eine gesündere Basis zu stellen.

Der Vorstand lag eine Entschließung vor, in der es heißt: „Die sich dauernd mehrenden systematischen Versuche gewisser Interessenten und insbesondere Interessentenverbände, den Zeitungen Anzeigenpreise und Anzeigenbedingungen zu diktieren und darüber hinaus auch ihren redaktionellen Teil ihren privatwirtschaftlichen Sonderinteressen nutzbar zu machen, gefährden aufs Allerschwerste die Grundlage und innere Unabhängigkeit der Zeitungen. Derartige Bestrebungen von Interessenten leisten manche Zeitungen und Annoncenexpeditionen Vorschub, indem sie in kurzfristiger Vertennung der unausbleiblichen Folgen einen ungesunden und übersteigerten Konkurrenzkampf untereinander führen und sich hierbei selbst den unbilligsten und unerhörtesten Forderungen von Interessenten fügen. In all dem muß eine höchste Gefahr für die deutsche Presse erblickt werden. Eine grundlegende Besserung der zur Zeit unerträglichen Zustände im Anzeigenwesen wird nur dann erreicht werden können, wenn die Grundzüge eines ordnungsmäßigen Geschäfts im Anzeigenwesen wieder zur herrschenden Geltung gebracht werden, und wenn die Zeitungsverleger den wachsenden Angriffen auf die Freiheit der Zeitung und mittelbar auf die Freiheit der Presse überhaupt eine geschlossene Front entgegenstellen.“

Zum Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Bodum gewählt. Auf Vorschlag des Präsidenten der Vereinigung österreichischer Tageszeitungen, Kommerzienrat Fiegel, soll die Hauptversammlung 1931 in Wien abgehalten werden.

### Bankett in der Heidelberger Stadthalle

Zu einem festlichen Höhepunkt der Tagung gestaltete sich Dienstagabend in den Räumen des Stadthallenbaus ein Bankett.

Nach einer musikalischen Darbietung begrüßte der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, die Gäste mit einer Rede, in der er betonte, die diesjährige Hauptversammlung sei eine nationalpolitische Kundgebung in der Westmark für die besetzte bayerische Pfalz, zu der man mit warmherziger Teilnahme hinüberblide. Wir gedenken mit Stolz unserer tapferen Pfälzer Zeitungskollegen, die nun schon ein Jahrzehnt lang die ganze Schwere fremden Drucks aufrecht und mannhaft ertragen. In einem Rückblick und einer Würdigung besonders der politischen Bedeutung der Presse gedachte der Redner des Vorkämpfers der deutschen Zeitung, Görres. In den Händen der Verleger und Redakteure ruht die nationale Würde. Das Bewußtsein volkstümlicher Verbundenheit und Schicksalsgemeinschaft überspringt die politischen Grenzen und verknüpft uns mit den deutschen Stammesbrüdern, die außerhalb der Grenzen des Reiches leben.

Der badische Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Leers erklärte in seiner Begrüßung, die Zusammenarbeit der Zeitungen mit der Regierung muß unter dem Zeichen des gleichen Zieles stehen, uns emporzuringen aus der Not des deutschen Volkes.

Geb. Legationsrat Dr. v. Kaufmann überbrachte die Grüße und Wünsche der Reichsregierung für die diesjährige Tagung. Er schloß mit dem Wunsche, daß die gemeinsame Arbeit von Regierung und Presse immer stärker, eindringlicher und wirkungsvoller dem Volksganzen diene.

Nach einer Begrüßung des Heidelberger Oberbürgermeisters sprach der Rektor der Universität Heidelberg über die enge Verbundenheit zwischen Universität und deutscher Tagespresse durch die gemeinsame Gründung des Heidelberger Instituts für Zeitungswesen.

Nach einer Ansprache des Vorsitzenden des Süddeutschen Zeitungsverlegervereins, Köhlin, Baden-Baden, ging als letzter Redner des Abends Prof. Wolf, Dresden, der erste stellvertretende Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, in humorvoller Weise auf die einzelnen Ausführungen der Vordredner ein und dankte namens des Vereins für Anteilnahme und Glückwünsche. Mit herzlichsten Worten gedachte er der Kollegen in Eupen-Malmédy und im Saargebiet, ebenso wie folgendes, durch Prof. Wolf beantragte Telegramm des demnächst nach Deutschland kommenden amerikanischen Senators Borah an die Hauptversammlung: „Ich übersende der Presse die herzlichsten Glückwünsche. Die Aufgabe der deutschen Presse war in den letzten Jahren keine leichte, aber ihre Bahn war durch Zähigkeit und Mut gekennzeichnet. Ich bewundere das deutsche Volk, und ich wünsche, daß ihm Erfolge beschieden sein möchten.“

Frauenstimmrecht in der Schweiz. Für die Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz sind bis jetzt 237 000 Unterschriften gesammelt worden. Die Petition soll am 6. Juni in festlichem Zug, an dem sich Abgeordnete der verschiedenen Kantone beteiligen werden, in Bern nach dem Bundeshaus vorbracht werden.

Briefträgerstreik in Paris. Die Pariser Briefträger sind in einen 24stündigen Streik getreten, der heute, Mittwoch, beendet wurde. Eine Entschließung besagt jedoch, daß die Ausstands-bewegung demnächst wieder aufleben werde, wenn die Regierung nicht das geforderte Grundgehalt von 10 800 Franken bewillige, und wenn die Maßnahmen gegen die 191 Postbeamten, die zuerst getreift hatten, nicht zurückgezogen werden.

### Aus dem Reichstag

#### Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums

Von den Deutschnationalen wurde auch in der Reichstags-sitzung am Dienstag wieder die sofortige Besprechung der Pariser Reparationskonferenz gefordert. Sie begründeten ihr Verlangen damit, daß im Auswärtigen Ausschuß die Aussprache darüber unmöglich gemacht worden sei. Da gegen die sofortige Beratung aus dem Hause Widerspruch erhoben wurde, konnte der deutschnationalen Forderung nicht stattgegeben werden.

Ohne Aussprache wurden Berichte des Rechnungshofes und der Oberrechnungskammer, der Gesetzentwurf für das Stauden-Otmachau und das deutsch-polnische Holzabkommen den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Ansprüche der nationalsozialistischen Abg. Dr. Fried, Stör und Dr. Gäßels gegen ihre Ausweisung aus einer früheren Sitzung, wurden gleichfalls debattelos gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten zurückgewiesen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius leitete dann die zweite Beratung des Haushalts seines Ministeriums ein durch eine längere Rede, in der er vorwiegend Mittelstandsfragen behandelte. Die Regierung habe sich bemüht, durch verschiedene Maßnahmen den von den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen. Die Regierung werde auch weiterhin alles tun, um den Nöten und Sorgen des Mittelstandes Abhilfe zu bringen. — Die Erörterung der übrigen Wirtschaftsfragen versah der Minister bis zur Aussprache über das mit diesen Wirtschaftsfragen eng zusammenhängende Ergebnis der Pariser Reparationskonferenz. Dagegen soll die mit der Einberufung verbundene Vorlage über die Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz vorweg im handelspolitischen Ausschuß beraten werden.

In der Aussprache forderte der deutschnationale Abg. Dr. Lejeune-Jung, daß die Regierung die Pariser Verhandlungsergebnisse ablehnen möge. — Der sozialdemokratische Abg. Krätzig verlangte Abwehrmaßnahmen gegen die Preis-treiberi der Kartelle und eine Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Massen. — Der Zentrumredner Schlaak trat für eine energische Förderung des Genossenschaftswesens ein.

Die Beratung soll am heutigen Mittwoch, 15 Uhr, fortgesetzt werden.

### Die Bilanz der Reichsbahn

Die Reichsbahngesellschaft legt jetzt ihre Bilanz für das am 31. Dezember 1928 abgelaufene vierte Betriebsjahr vor. Zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Reichsbahn ist eine derartige Anspannung eingetreten, daß es schärfster Maßnahmen bedurfte, um einen Defizitabstuf für 1928 zu vermeiden. Die geringste Mehrbelastung der Ausgabenkonten im neuen Jahr muß daher unvermeidlich zu einer Tarifserhöhung führen. Es wird immerhin ein Reingewinn von 249 Millionen gegen 234,83 Millionen Reichsmark im Vorjahr ausgewiesen. Entscheidend war aber die Tatsache, daß dem Konto Rückstellung für Betriebsrechtsabfertigungen, dem im Vorjahr noch 120 Millionen Reichsmark zugeführt worden sind, nur noch 26 Millionen Reichsmark zugeführt wurden. Die Gesamteinnahmen stiegen um 120 Millionen Reichsmark von 5039,27 auf 5159,23 Millionen Reichsmark, wovon allein 64 Mill. Reichsmark auf die Tarifserhebungen im Oktober entfallen. Die Gesamtausgaben stellten sich auf 4.294 (4.158) Milliarden Reichsmark, sind also um rund 136 Millionen Reichsmark stärker gestiegen als die Einnahmen, so daß sich der Betriebsüberschuß von 880,5 auf 864,66 Mill. Reichsmark verringerte.

Das neue Geschäftsjahr haben unter ungünstigen finanziellen Einnahmeverhältnissen begonnen. Bis Ende April entstand ein Einnahme-Ausfall von 30 Millionen Reichsmark, zu dem eine Mehrausgabe von 27 Millionen Reichsmark hinzukommt. Man rechnet bei der Reichsbahn damit, daß die Finanzierung der erforderlichen Neuanlagen nur über eine großzügige Anleihepolitik möglich sein wird. Es ist geplant, etwa 5 Jahre lang Reichsbahnanleihen von 250—300 Millionen Reichsmark herauszubringen und sie besonders auf dem ausländischen Geldmarkt unterzubringen.

### Neuer Ausbruch des Vesuv

W.D. Neapel, 4. Juni. (Tel.) Entgegen den Erwartungen hat die Tätigkeit des Vesuv heute abend außerordentlich zugenommen. Von 1/8—1/10 Uhr überströmten gewaltige Lavamassen das ganze Kraterplateau und wälzten sich in breiten Ströme in das Söllental. Unter heftigem Schlagen und Aschenregen erfolgte eine 1/2 Stunden lang dauernde heftige Eruption. Infolge des Aschenregens und der erneut strömenden Lava mußte man zahlreiche Touristen, die herbeigekommen waren, um das Naturchauspiel zu beobachten, veranlassen, umzukehren. Gegen 1/10 Uhr ließ die Tätigkeit des Kraters plötzlich nach. Schätzungsweise beträgt die ausgeflossene Lava ungefähr 8 Millionen Kubikmeter. Das Dorf Terzigno, dessen erste Häuser bereits von der Lava bedeckt sind, mußte vollständig geräumt werden.

Dr. Reinhard Brud, der bekannte Theaterfachmann, der lange Jahre am früheren Königl. Schauspielhaus in Berlin, sowie später am Staatstheater als Oberregisseur gewirkt hat, hat sich in der vergangenen Nacht, vermutlich infolge einer schweren Nervenzerüttung durch Einnahmen von Leuchtgas das Leben genommen. Dr. Brud, der im Jahre 1885 in Prag geboren ist, hat, ehe er im Jahre 1913 nach Berlin gerufen wurde, an verschiedenen Bühnen Süd- und Südwestdeutschlands als Dramaturg gewirkt.

Im Prozeß Gleichen-Ruhwurm, der eine Maus einem Wertbrief beigegeben hatte, damit sie diesen durchnagte und die Sendung verloren gehe, beantragte der Staatsanwalt in Würzburg eine Geldstrafe von 10 000 Reichsmark oder einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete dementsprechend. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat begangen hat, weil er sich in schlechter Vermögenslage befand. Die Verhandlung habe kein Moment dafür ergeben, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat sich im Zustand der Anzurechnungsunfähigkeit befunden habe.

37 Wasserflugzeuge der italienischen Luftflotte unternahmen einen Geschwaderflug, der in Clappen von etwa 400 Kilometer über Athen und Konstantinopel bis in die Gegend von Odessa und zurück führen soll.

Elegante Welt. Als Spezialreisennummer erscheint soeben die neueste Nummer der „Eleganten Welt“. In Zeichnungen und Photographien spiegelt sich das Leben und Treiben in den mondänen Kur- und Badeorten in- und ausländischer Proben, in dessen Rahmen die letzten Modeschöpfungen zur Vorführung gelangen. Der Anzug des Herrn für die heißen Tage aus dem seit langem so beliebten Flanell und aus Leinen, das ebenfalls eine wichtige Rolle spielen wird, erscheint in den sportlich bequemeren Formen, die die heutige Mode gestattet. Auch der Dreh für den Wassersport wird in seinen beliebtesten Typen gezeigt. Preis 1 RM (Verlag Dr. Sells-Gesler, Berlin).

### Der Badische Bauernverein in Freiburg

#### Genossenschaftsverband des Bad. Bauernvereins e. V.

Als dritte und letzte der großen landwirtschaftlichen Genossenschaftstagen fand in Freiburg am Dienstag der 21. ordentliche Verbandstag des Genossenschaftsverbandes des Bad. Bauernvereins statt, dessen Tagesordnung ohne große Diskussion erledigt wurde.

Aus dem Jahresbericht, der von Verbandsdirektor Dr. Schwörer erstattet wurde, geht hervor, daß die Notlage der Landwirtschaft eine Beendigung der Zersplitterung im Genossenschaftswesen dringend erfordere. Der Verband zählte 1928 1413 Genossenschaften als Mitglieder. Die Kreditgenossenschaften hatten 1927 einen Gesamtumsatz von 190 Mill. Reichsmark. Sie erbrachten dabei 600 000 RM. Die Liquidation der Verluste der Bad. Bauernbank sei auch an den Genossenschaften nicht spurlos vorübergegangen. Leider hätten sich die Unter-schlagungen in den östlichen Genossenschaften außerordentlich erhöht, so daß strengere Revisionen notwendig seien. Auch bei den Bezugs- und Absatzgenossenschaften ist das Eigenvermögen vollkommen ungenügend. Im übrigen haben diese Genossenschaften weniger erfolgreich gearbeitet, infolge der außerordentlich scharfen Konkurrenz. Der Redner streifte dann kurz die Bildung des Einheits-Molkereiverbandes und des Bad. Weinbauverbandes. Die gemeinsame genossenschaftliche Er-fassung der Eier durch die beiden genossenschaftlichen Organisationen in Baden siehe weiter.

Der Jahresbericht wurde gebilligt, dem Vorstand Entlastung erteilt, und der Vorschlag für 1929, der 126 500 RM Ausgaben vorsieht, genehmigt. Die Tagung wurde entsprechend den Nationalisierungsmaßnahmen abgebrochen. Zum kommissarischen Verbandsdirektor wurde Dr. Schwörer gewählt.

In längeren Ausführungen verbreitete sich dann Verbandsdirektor Dr. Schwörer über die notwendige Vereinigung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, die spätestens für Baden im Herbst d. J. zu erwarten sei. Der Zusammenschluß der Hauptorganisationen würde weniger Schwierigkeiten machen, als die Vereinigung der ländlichen Genossenschaften.

#### Mitgliederversammlung des Badischen Bauernvereins

Als Abschluß der großen landwirtschaftlichen Tagungen in Freiburg fand am Dienstagmorgen um 2 Uhr die Mitgliederversammlung des Badischen Bauernvereins e. V. statt. Zahlreiche Ehrengäste hatten sich eingefunden, u. a. auch der badische Justizminister Dr. Trunk, der lange Zeit Bauernvereins-anwalt im Karlsruher Bezirk war. Daneben hatten die Landwirtschaftskammer, das badische Innenministerium Vertreter delegiert.

In seiner Eröffnungsansprache wies Präsident, Staatsrat Weishaupt, auf die schwierige Lage des Badischen Bauernvereins hin, der hoffentlich nunmehr besseren Zeiten entgegengehen möge. Er habe 18 Jahre an der Spitze des Vereins gestanden, und bitte, von seinen Pflichten mit Rücksicht auf sein Alter entbunden zu werden. Nun habe man die Trennung der rein wirtschaftlichen Organisationen vom Bad. Bauernverein, der nur noch eine wirtschaftspolitische Vereinigung sein wolle, vollzogen. Er schloß als seinen Nachfolger den bisherigen Vizepräsidenten Lambert Schill, Mergsau, vor, zu Vizepräsidenten die Herren Huber, Köcherberg und Diez, Kaldschell, M. d. R. — Die Wahlen erfolgten einstimmig durch Akklamation. Auch die Satzungsänderungen wurden debattelos genehmigt.

Bei den Begrüßungsansprachen überbrachte Oberregierungs-rat Dr. Keller die Grüße des Innenministers Dr. Kemmele. Er erklärte, daß heute die Erkenntnis der Notlage der Landwirtschaft allgemein sei, und daß sie eine gemeine volkswirtschaftliche Not sei. Direktor Dr. v. Engelberg von der Badischen Landwirtschaftskammer überbrachte die Grüße dieser Ständevertretung der Landwirte. Als bemerkenswertes Ergebnis dieser Tagungen bezeichnete der Redner die erfolgte Sanierung der genossenschaftlichen Unternehmungen, die von verantwortungsbewußten Männern trotz der großen Opfer, die verlangt wurden, beinahe einmütig beschlossen worden sei.

Später ergriff Justizminister Dr. Trunk das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er die bedeutungsvolle Arbeit des Badischen Bauernvereins und die Stellung der Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft würdigte. Er erinnerte daran, daß er als Revolutionsernährungsminister den Kampf gegen die bolschewistische Gefahr und die Revolution mit Hilfe des Präsidenten des Badischen Bauernvereins, Weishaupt, erfolgreich durchkämpfen konnte. Er gedachte der Opfer, die das badische Landvolk im Kriege gebracht habe. Er feierte den Frieden als das höchste Ziel menschlicher Bestrebungen und würdigte in außerordentlich herrlichen Worten die Bedeutung Weishaupts als Führer des Badischen Bauernvereins. Einigkeit und Geschlossenheit der badischen Landwirtschaft sei notwendig, damit es mit Gottes Hilfe auch in der Zukunft wieder vorwärts, aufwärts gehe.

Der neue Präsident des Badischen Bauernvereins, Schill, erklärte: Der Badische Bauernverein werde in Zukunft nicht gegen andere Ständesorganisationen ankämpfen, sondern in gemeinsamem Zusammenarbeiten die Belange der badischen Bauern durchkämpfen. Er werde sie frei halten von jeder wirtschaftlichen Tätigkeit. Oberstes Ziel werde sein das Wohl der badischen Landwirtschaft.

Nahezu einstimmig wurde der scheidende Präsident, Staatsrat Weishaupt, zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Den Schluß bildete ein groß angelegtes wirtschaftspolitisches Referat von Dr. Weid, Berlin, über „Agrarpolitische Tagesfragen“. Mit genossenschaftlicher Hilfe allein ist nichts getan. Der Staat müsse eingreifen und die Konsequenzen aus der weltwirtschaftspolitischen Lage ziehen, nämlich, genau wie die anderen Länder, und insbesondere die Vereinigten Staaten von Nordamerika, gerade in diesen Tagen, einen ausreichenden Zollschutz für die deutsche Landwirtschaft schaffen.

Seine Ausführungen fanden Niederschlag in einer Resolution, in der auf die in allen Kreisen der Landwirtschaft herrschende Erbitterung und Verzweiflungssituation hingewiesen und u. a. folgende Forderungen erhoben werden: Sofortige Drosselung der Einfuhr unnötiger landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, entsprechende Erhöhung der Getreidezölle, Befreiung aller Einfuhrvergünstigungen, Aufhebung der Gleichartigkeit von Brotgetreide und Wehl, Herbeiführung eines richtigen Verhältnisses zwischen den Viehzüglern und Fleischzüglern, Berücksichtigung der allgemeinen Interessen der Landwirtschaft und der besonderen Interessen der Milchwirtschaft, des Hopfen- und Weinbaues bei der Spezialgesetzgebung, Ermäßigung der Besteuerung der Landwirtschaft, Einschränkung der übertriebenen Sozialpolitik und bessere Förderung und Ausbau des landwirtschaftlichen Nachschulwesens.

Schließlich nahm die Mitgliederversammlung noch eine Resolution an, in der sie mit Bedauern davon Kenntnis nimmt, daß bei der Änderung des Branntweinmonopols die berechtigten Interessen der badischen Klein- und Kleinstbranntweinhersteller nicht genügend Rechnung getragen worden sei, und daß sie erwarte, daß bei der Durchführung des Gesetzes auf die Bedürfnisse der badischen Kleinbranntweinhersteller Rücksicht genommen werde.